

Klaus Boldt und Konrad Melchers

# Wahl und Welt

## Erstes Entwicklungspolitisches Diskussionsforum zur Bundestagswahl zwischen Politikern und Experten im Internet

So kurzfristig wie die um ein Jahr vorgezogenen Bundestagswahlen kam der Vorschlag der Zeitschrift *Entwicklungspolitik* und des Online-Diensts *epo.de*, verantwortliche Entwicklungspolitiker und einige Expertinnen und Experten nicht nur der deutschen entwicklungspolitischen Szene zu einer Premiere einzuladen: eine vierzehntägige Online-Debatte zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen, an der sich zu jeder Tages- und Nachtzeit von überall in der Welt beteiligt werden konnte. Jeden Tag wurde ein neues Thema vorgegeben, während der Laufzeit der Debatte konnten aber zu jedem Thema Beiträge nachgereicht werden.

Mitten in der heißen Phase des Wahlkampfes wurde so vor allem von den entwicklungspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen ein hohes Maß an Engagement verlangt. Umso bedauerlicher ist, dass die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul, aus Termingründen der Einladung nicht folgen konnte, obwohl sie ihr ganzes Ministerium zu Rate ziehen konnte. Das bemängel-

te besonders auch der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Christian Ruck. Dafür hat sich aber die entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Karin Kortmann, am ausführlichsten und zu jeder Frage an der Diskussion beteiligt. Leider konnten wir auch trotz intensiver Bemühungen keine Sprecherin oder Sprecher der neuen „Linkspartei“ für die Diskussion gewinnen.

Obleich der Online-Bereich zu den Sektoren gehört, wo Afrika am schnellsten aufholt, hatte die Herausgeberin des ältesten, in Paris erscheinenden Afrikamagazins „Africa International“, Marie-Roger Biloa, doch Schwierigkeiten, sich von einer Reise in Afrika öfter einzuklinken. Aber auch ohne diese Barriere ging es der „Direktorin von Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel, und dem Grundsatzreferenten von Misereor und Vorsitzenden von VENRO, Dr. Reinhard Hermle, kaum anders. Dafür heizten besonders Roger Peltzer, Mitarbeiter der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und der Geschäftsführer des

Schweizer Lobbybündnisses, „Alliance Sud“, Peter Niggli, die Debatte mit dem entwicklungspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Markus Löning, und Christian Ruck an.

Die Vielfalt der Themen und der dafür doch kurze Zeitraum haben dazu geführt, dass die Diskutanten sich oft auf „Eingangsstamens“ beschränkten, deren Breite gleichwohl ein für Wahlentscheidungen signifikantes Meinungsspektrum abbildet. Ab 9. September wird das Forum für die Öffentlich frei geschaltet. Wir laden hiermit ein, nicht nur unsere nachstehende Zusammenfassung und die ganzen Beiträge im Netz zu lesen, sondern auch eine weitere, nunmehr öffentliche Diskussionsrunde zu entfalten. Bis zum 18. September wird dadurch die eine und der andere noch mehr Argumente finden, warum diese oder jene Partei und die oder der Kandidat/in gewählt werden muss: [www.entwicklungspolitik-online.de/blog](http://www.entwicklungspolitik-online.de/blog) und [www.entwicklungspolitik.org](http://www.entwicklungspolitik.org)

Klaus Boldt und Konrad Melchers

### Der Stellenwert der Entwicklungspolitik

*Tony Blair hat vor den Wahlen zum britischen Unterhaus Afrika ins Zentrum seiner Politik gerückt. Begleitet durch die Live8-Konzerte und die Kampagne „Make Poverty History“ wurde Blairs Initiative zum öffentlichkeitswirksamsten Ereignis seit dem 11.9.2001 und dem Irak-Krieg. Damit konnte Blair sein durch den Irak-Krieg beschädigtes Image verbessern und er hat die Wahlen gewonnen. Könnten auch in Deutschland entwicklungspolitische Themen im Zentrum von Wahlen zum Bundestag stehen?*

Spielt Entwicklungspolitik eine Rolle im Wahlkampf? Die Antwort hängt offensichtlich von der politischen Klientel ab, die die jeweilige Partei anspricht. Markus Lönings FDP-Erfahrung ist, „dass außen- oder entwicklungspolitische Fragen, bis auf die Frage Irak, keine Rolle spielen“. Thilo Hoppe, entwicklungspolitischer

Sprecher von B 90/Grünen, möchte dagegen „der Einschätzung widersprechen, dass bei uns entwicklungspolitische Themen nur in Nischen diskutiert werden“. Auch Christian Ruck sieht in Deutschland „ein großes Potenzial, entwicklungspolitische Themen weiter in den Vordergrund zu holen“. Karin Kortmann meldet sogar bereits Vollzug: „Wir haben Entwicklungspolitik seit dem Regierungswechsel 1998 aus dem Schattendasein herausgeholt und wieder zu einem zentralen Thema auf der nationalen, europäischen und internationalen Agenda gemacht.“

„Glücklich ein Land wie Deutschland, wo vor den nationalen Wahlen ParteivertreterInnen überhaupt darüber diskutie-



#### **Cornelia Füllkrug-Weitzel:**

*„Die Sorge um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme kann nicht mehr eine nationale bleiben, sondern muss eine internationale werden.“*

ren, welchen Stellenwert Entwicklungspolitik haben soll“, schreibt der Schweizer Peter Niggli. Auch Marie-Roger Biloa, Herausgeberin von „Africa International“, lobt die „gute Frage“. Denn der Bezug auf Afrika sei „eher schädlich für europäische Politiker“. In Frankreich zum Entwicklungsminister ernannt zu werden, werde als „minderwertig“ betrachtet. Die Situation sei in England allerdings einmalig gewesen: „Die Briten, die bekanntlich massiv gegen den Irak-Krieg waren, empfanden das Bedürfnis, sich irgendwie zu revanchieren“, meint die Kamerunerin.

Was meinen die anderen Experten? Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von Brot für die Welt: „Entscheidend für die Popularität entwicklungspolitischer Forderungen und Maßnahmen dürfte sein, ob es gelingt, zu verdeutlichen, dass in Zeiten der Globalisierung alle Menschen in allen Ländern derselben

Marktdynamik unterworfen sind, die zunehmend auch die 'Nischen' der sozialen Sicherheit und des Wohlstandes infrage stellt und dass darum globale politische Strukturen und Politik zum Schutz der Schwachen nicht nur im Interesse der Armen im Süden, sondern auch im wohlverstandenen Eigeninteresse sind.“ Dies mündet in die Forderung, „dass die Sorge um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme nicht mehr eine nationale bleiben kann, sondern eine internationale werden muss“ – im Rahmen einer „Weltsozialpolitik“.

Niggli weist auf den entscheidenden Punkt hin, „dass es darauf ankommt, die Ähnlichkeit der Auswirkungen der globalisierten Weltwirtschaft in den reichen und armen Ländern hervorzuheben und diese Mechanismen selber zu hinterfragen“. Und er wirft die Frage auf, „wie die deutsche (die schweizerische, englische etc.) Bevölkerung darauf reagieren wird, wenn der Staat entsprechend den Beschlüssen der EU-Minister sein Entwicklungsbudget bis 2015 verdoppeln muss, und, aus ganz andern Gründen, die Sozialbudgets runterfährt. Sie können sicher sein, dass dieser Fakt politisiert und Gegenstand einer erregten Debatte werden wird.“



**Markus Löning (FDP):**  
„EZ als 'Weltsozialpolitik' geht an den Realitäten der globalisierten Welt völlig vorbei. Wer so debattiert, stellt sich selbst ins Abseits.“

Niggli kontert auf die Forderung Kortmanns, die Globalisierung müsse „sozial gerecht und demokratisch“ gestaltet werden: „Die Frage ist nur wie. Wenn ich es richtig sehe, ist das einer der Punkte, der im deutschen Wahlkampf zentral ist und auf den die Parteien, wenn ich das als Ausländer sagen darf, nur rudimentäre Antworten geben. Wenn sie nicht sowieso propagieren, dass es zur Zurüstung Deutschlands (Europas) auf die neuen Erfordernisse einer 'gesteigerten internationalen Konkurrenz' keine Alternativen als ein höheres Maß sozialer Grausamkeit gibt.“

Löning, dem der Jargon der Entwicklungspolitiker manchmal erfrischend fremd ist, vertritt eine ganz andere Meinung: „EZ als 'Weltsozialpolitik' geht an den Realitäten der globalisierten Welt völlig vor-

bei. Wer so debattiert, stellt sich selbst ins Abseits, gerade auch der Diskussionen in den Entwicklungsländern. Daran sollten wir als Entwicklungspolitiker kein Interesse haben.“ Und der VENRO-Vorstandsvorsitzende Reinhard Hermle gibt zu Bedenken: „Globalisierung ist eine Umverteilungsmaschine von Chancen und Ressourcen, die – banal – Gewinner und viele Verlierer produziert, und die in Nord und Süd. Und die Strukturanpassung wird wesentlich bei den sozial Schwachen abgeladen, auch bei uns, was die Lust, mit anderen zu teilen und solidarisch zu sein, nicht gerade erhöht.“

### Die Folgen des 11. September

*Die von Al Kaida erklärten Begründungen für die Anschläge am 11. September 2001 werden von beträchtlichen Teilen nicht nur der arabischen Welt geteilt. Welche Konsequenzen muss Entwicklungspolitik daraus ziehen?*

„Armut ist nicht Ursache der Entstehung von terroristischen Gruppen, aber sie ist – zusammen mit dem großen Reichtum in der globalisierten Welt – Rechtfertigung, mit der Terrorismus Gehör findet“, konstatiert Kortmann. Der Einwand Peltzers, „dass sich der übergroße Teil der Terroristen eher aus den Mittelschichten und nicht aus den Reihen der Ärmsten der Armen rekrutiert“, wird von Niggli mit den Worten erwidert: „Dass sich dabei Individuen, die es beruflich ge-



**Dr. Christian Ruck (CSU):**  
„Im Kern zielen die Begründungen für die verbrecherischen Anschläge am 11. September 2001 auf die Dominanz des Westens und die dadurch blockierten Chancen der Entwicklungsländer.“

schafft haben, besonders hervortun, sollte uns nicht erstaunen. Die europäischen Studenten- und Mittelstandskinderrevolten von 1968 haben uns ja gezeigt, dass auf kulturelle Verwerfungen nicht unbedingt die Ärmsten der Armen zuerst reagieren.“

Ruck schreibt: „Im Kern zielen die Begründungen für die verbrecherischen Anschläge am 11. September 2001 auf die Dominanz des Westens – vor allem der USA – und die dadurch blockierten Chancen der Entwicklungsländer, Armutsbe-

kämpfung, wirtschaftlichen, sozialen Aufstieg zu erreichen ab. Die Globalisierung wird als das Grundübel identifiziert, welches die Macht des Westens festigt und den Widerstand der Armen gegen diese Ungerechtigkeit rechtfertigt.“

Löning will als Verfechter der reinen Lehre der freien Marktwirtschaft hier keinerlei Zusammenhang erkennen: „Welche Motivationsbündel islamistische Attentäter antreiben, wissen wir nicht. Wir können nur vermuten und spekulieren. Und so tendiert jeder dazu, die Motive und Ursachen zu entdecken, die seinen eigenen Politikansatz besonders legitimieren.“

Was folgert der Entwicklungspolitiker aus dem Phänomen Terrorismus? Hier kommt das Schlagwort von der „gerechten Gestaltung der Globalisierung“ ins Spiel. Ruck: „Der Handlungsbedarf für den Westen und die Regierungen der Länder, die bisher noch nicht auf dem Erfolgspfad sind, ist offensichtlich. Verantwortungsbewusste Politik muss sich der Herausforderung einer gerechten Gestaltung des Globalisierungsprozesses stellen.“ Kortmann: „Entwicklungspolitik, die sich eine gerechtere und fairere Weltordnung zum Ziel setzt, wird damit Teil einer langfristigen globalen Sicherheitspolitik.“

„Ziel und Aufgabe von Entwicklungspolitik ist und bleibt es, Armut in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Warum konzentrieren wir uns nicht auf diese – nach wie vor nur teilweise erledigte – Aufgabe“, schlägt Löning vor. „Die besten Mittel gegen Krieg und Auseinandersetzung zwischen Staaten sind Demokratie und Wohlstand.“ Thilo Hoppe sieht den „Gerechtigkeitsaspekt“ als zentrales Element einer präventiven Strategie.

### Entwicklungspolitische Kohärenz

*Was müsste geschehen, damit die entwicklungspolitische Kohärenz erhöht wird?*

Zwei Themenkomplexe dominieren die Debatte um mehr Kohärenz: Die Frage, ob Entwicklungszusammenarbeit weiterhin am besten in einem eigenständigen Entwicklungsministerium aufgehoben ist, und das Durchsetzungsvermögen der Entwicklungspolitiker gegenüber den Finanz-

Haushalts- und Wirtschaftspolitikern.

Die erste Frage ergibt ein klares Meinungsbild: Außer Löning, der für eine Eingliederung des BMZ in das Außenministerium eintritt, plädieren alle für ein eigenständiges Ressort.

„Kohärenz wäre ja einfach herzustellen“, so Löning: „Ein Minister und drei Staatsminister setzen sich im Auswärtigen Amt zusammen und geben die Linien einer kohärenten Politik vor. Was daran so problematisch ist, verstehe ich nicht. Praktisch all unsere Partner haben ihre EZ so organisiert.“ Und an die Adresse von Ruck: „Lieber Herr Ruck, bei der Frage der Kohärenz muss sich auch die Union endlich der Frage der Agrarsubventionen stellen. Wir können gar nicht soviel Entwicklungszusammenarbeit betreiben, wie wir mit unseren Stützungen der Landwirte und der Abschottung unserer Märkte kaputt machen. Entweder gehen wir das in einer gemeinsamen Bundesregierung ernsthaft an oder die EZ bleibt Alibi fürs humane Gewissen.“

Peltzer sieht im Zuständigkeitsbereich des BMZ und in der Interaktion mit dem AA einen großen Bedarf nach mehr Kohärenz: „Gerade in den ärmeren Ländern, in denen die EZ im Vordergrund des deutschen Agierens steht, ist das weltweit einzigartige Nebeneinander von Botschaft, BMZ und 4-5 Durchführungsorganisationen nur noch anachronistisch.“

Hoppe sieht weniger Kohärenzprobleme zwischen BMZ und Auswärtigem Amt als mit den Finanz- und Wirtschaftsministern. Kortmann unterstreicht: „Wir haben uns in Wahlprogramm und Koalitionsvereinbarung einer kohärenten internationalen Strukturpolitik verpflichtet. Ruck verspricht für den Fall eines Wahlsieges: „Wir streben daher die Stärkung des Entwicklungsministeriums als politisches Schlüsselressort für die auf Entwicklungsländer bezogene Wirtschafts-, Wissenschafts- und Entwicklungszusammenarbeit an.“

Niggli konstatiert dagegen: „Kohärenz ist meines Erachtens auf längere Sicht kein erreichbares politisches Ziel. Kohärenz bezeichnet viel mehr das Bewusstsein, dass die verschiedenen Politiken gegenüber den Entwicklungsländern unterschiedlichen Interessen folgen und gegebenenfalls widersprüchliche oder kontraproduktive Resultate erzeugen. Kohärenz bezeichnet in diesem Sinn

auch den Ort, wo diese Interessengegensätze ausgetragen werden und im besten Fall zu sinnvollen vorübergehenden Kompromissen führen.“ Deshalb befürwortet Niggli ein eigenständiges Entwicklungsministerium.

Am Thema Kohärenz entspinnt sich auch eine Debatte zwischen Löning und Niggli. Löning hält erneut ein Plädoyer für die Marktwirtschaft: „dass das, was uns wohlhabend gemacht hat, auch das richtige Modell für die Entwicklungsländer ist: Marktwirtschaft, die auf die Kraft und Verantwortungsfähigkeit der Menschen setzt. Alle Länder, denen es gelungen ist Armut zu bekämpfen, sind diesem Modell gefolgt.“

Niggli widerspricht dieser Einschätzung vehement: „Das liberale Mantra, die Marktwirtschaft werd' es richten, erweckt den Anschein, als gebe es zwischen Markt- und zentraler Planwirtschaft zu wählen.“ Darum gehe es aber gar nicht, wie die asiatischen Erfolgsbeispiele zeigten, die sich allesamt nicht an Lönings ‚Modell‘ hielten.

### Globale Strukturpolitik

*Seit langem wird in der Entwicklungspolitik darüber gestritten, ob globale Strukturpolitik oder die internen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern wichtiger für deren Entwicklung sind. Welche Rolle spielen für Sie in dieser Debatte das afrikanische Erneuerungsprogramm NEPAD und die Strategie für die Ankerländer?*



**Peter Niggli:**  
„Kohärenz ist kein erreichbares politisches Ziel.“

Rot-grün ist sich in der Beantwortung dieser Frage einig: Globale Strukturpolitik und interne Rahmenbedingungen sind gleichermaßen wichtig, vor allem in der Politik gegenüber Afrika. „Wir wollen die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien und regionale afrikanische Mechanismen (u. a. NEPAD, African Peer Review Mechanism) fördern, die armutsorientierte Politiken und Reformen für gute Regierungsführung vorantreiben“, so Kortmann.

Hoppe stellt klar: „NEPAD ist als politische Initiative wichtig, weil es der Ver-

such ist, auf dem afrikanischen Kontinent einer reformorientierten Politik mehr Spielraum zu verschaffen.“ Darauf baue die Bundesregierung eine Reformpartnerschaft auf. Das Ankerländerkonzept wiederum sei der Versuch mit einer ganz anderen Ländergruppe, sich den globalen Herausforderungen zu stellen. Ohne China, Indien und Brasilien sei zum Beispiel ein weltweiter Ressourcen- und Klimaschutz nicht vorstellbar.

Ruck betont, eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung werde dem Ankerländer-Prinzip ein „länderspezifisches, maßgeschneidertes Vorgehen“ entgegenzusetzen und hebt besonders auf die internen Rahmenbedingungen ab: „Die Entwicklung in Ländern mit schlechter Regierungsführung wird sich auch bei noch so fairen und guten globalen Strukturen nicht wesentlich von der unterscheiden, die sie gegenwärtig nimmt. Die Herstellung guter interner Rahmenbedingungen muss daher oberste Priorität bei den Partnern und in der deutschen Entwicklungspolitik haben. Wir werden daher einen Bonus für gute Regierungsführung einführen. Umgekehrt ist es so, dass je entwicklungsfreundlicher die internen Rahmenbedingungen bei Ländern mit guter Regierungsführung sind, desto mehr profitieren diese von fairen globalen Strukturen.“

### Die Doha-Runde der WTO

*Die Skepsis über die „Entwicklungsrunde“ der WTO (Doha-Runde) ist weit verbreitet. Was sollten konkret die Ergebnisse der Doha-WTO-Runde sein? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Reform des EU-Zuckermarkts und das Ende des Welt-Textilabkommens?*

Stand und Perspektiven der Doha-Runde der WTO sind das meistdiskutierte Einzelthema der Debatte. Biloa und Peltzer plädieren dafür, die WTO nicht länger zum Schreckgespenst zu machen und eine realistische Sichtweise an den Tag zu legen. „Tatsache ist“, so Biloa, „dass die WTO die massiven Subventionen Europas oder Amerikas an ihre Landwirtschaft gar nicht verhindern kann, auch nicht den Protektionismus dieser zu Lasten der Südländer, die also auf gar keinen Fall von ‘fair trade’ profitieren können. Sehrentwicklungshemmend ist auch die Unfähigkeit der WTO, die so genannte ‘informal economy’ einzubeziehen, was sie



de facto total irrelevant für ca. 70 Prozent der wirtschaftlichen Aktivität in manchen Dritte-Welt-Ländern macht.“



**Roger Peltzer** : „Die WTO ist der erklärte Lieblingsgegner der Globalisierungskritiker. Ich halte diese Einstellung für falsch und in der Sache für nicht nachvollziehbar.“

Peltzer schreibt: „Die WTO ist der erklärte Lieblingsgegner der Globalisierungskritiker. Ich halte diese Einstellung für falsch und in der Sache für nicht nachvollziehbar. Grundsätzlich ist Handel nicht nur eine mächtige Triebkraft für die Schaffung von Wohlstand und die Verminderung von Armut – dafür stehen nicht nur die Geschichte der EU, sondern die Beispiele Südasiens oder von Ländern wie Tunesien, Mauritius, Chile und Südafrika.“

Der Entwicklungsbanker sieht die WTO auf dem Weg der Demokratisierung: „Bis vor kurzem hatte die WTO den Nachteil, dass sie ein Klub war, in dem die Handelsblöcke USA, EU und z.T. Japan alle wichtigen Fragen unter sich ausgemacht haben. Das hat sich aber auf Grund der sich verschiebenden Gewichte im Welthandel dramatisch geändert. Heute gibt es in der WTO keine Einigung mehr gegen Entwicklungsländer wie Brasilien, China oder Indien (...). Deshalb ist die Baumwollfrage zu einer Kernfrage der aktuellen WTO-Runde geworden (...).“ Wichtig ist für Peltzer, „dass die WTO auf Dauer soziale und ökologische Mindeststandards in ihrem Regime akzeptiert“.

Ruck nennt eine „internationale soziale Marktwirtschaft“ als Ziel der Union. „Dabei vertreten wir die Auffassung, dass ein freier und fairer Handel – zumindest auf längere Sicht – auch den Interessen der heute ärmeren Länder besser dient als Marktabschottung und staatliche Überregulierung. Dennoch ist es nötig, die Kräfte der Wirtschaft und des Marktes zu zügeln, um einen Rahmen zu schaffen, in dem möglichst viele Menschen von wirtschaftlichen Fortschritten profitieren können.“ Der rot-grünen Koalition wirft Ruck mehrfach vor, die Ländliche Entwicklung sträflich vernachlässigt und finanziell ausgetrocknet zu haben. Er spricht sich „für eine weitere Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte“ aus.

Niggli stellt nüchtern fest: „Die Doha-Runde wäre eine Entwicklungsrunde, wenn die Industriestaaten eine Reihe unilateraler Konzessionen machen, ohne Gegenkonzessionen zu verlangen. Aber so läuft es nicht. Gegenwärtig wollen die Industrieländer eine (partielle) Öffnung ihrer Agrarmärkte und den Abbau der Agrar-Exportsubventionen teuer verkaufen. Sie verlangen als Gegenleistung einen massiven

Abbau der Industriezölle der Entwicklungsländer und wollen, dass die wirtschaftlich interessanteren Entwicklungsländer in Dienstleistungen großzügige Marktöffnungsofferten machen.“ Niggli nennt eine Reihe von Indikatoren, die aus seiner Sicht die Doha-Runde zu einer wirklichen Entwicklungsrunde machen würden. Und er hält im Gegensatz zu Peltzer fest, dass die im Norden immer wieder geforderten „sozialen und ökologischen Leitplanken“ der Globalisierung nicht nur von einigen Entwicklungsländern kritisch gesehen werden, sondern auch von fast allen sozialen Bewegungen im Süden und vielen NROs im Norden.

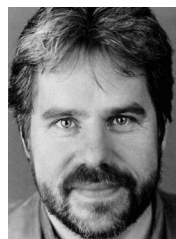
Hoppe kann sich den Forderungen von Niggli „fast vollständig“ anschließen. Er argumentiert, dass sich die Entwicklungspolitiker der Koalition gegen das Wirtschaftsministerium nicht durchsetzen konnten. Dieses Problem wäre aus seiner Sicht unter einer unionsgeführten Regierung nicht zuletzt wegen der Agrarlobby aber noch größer.

Bezüglich der Öffnung der Märkte in Industrieländern für Produkte aus dem Süden hat Hoppe „durchaus gemischte Gefühle“: „Aus Gründen der Gerechtigkeit müssen protektionistische Handelschranken fallen.“ Andererseits könne dies zu ökologisch negativen Monokulturen führen, die Kleinbauern und indigene Völker verdrängen.

Am konkreten Fall des Abbaus der Handelshemmnisse für Zucker und Baumwolle entzündet sich ein Disput zwischen Peltzer und Ruck. Peltzer wirft der Union vor, dass „wohlfeile Entwicklungsrhetorik konkrete Taten zur graduellen Verbesserung der aktuellen Verhältnisse ersetzt“. Ruck entgegnet dem „grünen Minenhund“: „Durch die Marktöffnung der EU sind rund 68.000 Kleinbauern in ihrer Existenz bedroht, weil sie durch die Expansion der Zu-

ckerrohrflächen ihr Land an Großagrarier verlieren könnten. Dem stehen nur 17.000 neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüber. Die Gefahr besteht, dass die Marktöffnung nicht zu arbeitsorientiertem Wachstum führt, sondern die Armutproblematik ausweitet.“

Hermle rückt die Verhältnisse zurecht, indem er schreibt: „Auf Grund der Tatsache, dass über 70 Prozent der extrem Armen in den ländlichen Gebieten des Südens leben, sind aus entwicklungspolitischer Perspektive die Verhandlungen über ein neues Agrarabkommen das zentrale Element der Doha-Runde.“ Beim derzeitigen Verhandlungsstand käme ein besserer Zugang zu internationalen Märkten der Masse der Kleinbauern in den Entwicklungsländern kaum zugute.



**Thilo Hoppe (B90/Grüne)**: „NEPAD ist wichtig, weil es der Versuch ist, auf dem afrikanischen Kontinent einer reformorientierten Politik mehr Spielraum zu verschaffen.“

## Neue Finanzierungsmechanismen

Seit 35 Jahren verpasst die große Mehrzahl der OECD-Staaten das international vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel. Jetzt wurde das Ziel erneut durch verpflichtende internationale Erklärungen bekräftigt. Da es unwahrscheinlich ist, dass die notwendigen Finanzmittel aus den nationalen Budgets bereitgestellt werden, kommen als Ergänzung neue, globale Finanzierungsmechanismen in Betracht. Sehen Sie dafür eine Notwendigkeit und welche neuen Finanzierungsmechanismen bevorzugen Sie gegebenenfalls?

Peltzer nennt die Kerosinsteuer, eine Abgabe auf Flugtickets und die Tobin-Steuer diskutabile Instrumente. Hermle meint: „Am relativ einfachsten lässt sich wahrscheinlich eine Abgabe auf Flugtickets durchsetzen.“ Bei den anderen Möglichkeiten (Kerosinsteuer – obwohl auch ökologisch vernünftig und dringend geboten –, Steuern auf Devisengeschäfte, IFF) würden sich auf lange Frist nur geringe Einigungschancen abzeichnen.

Ruck bekennt sich zum 0,7 Prozent-Ziel, „sobald der Zustand von Wirtschaft und Bundeshaushalt dies erlaubt. Diese Aussage unterscheidet sich in der Substanz nicht von der Haltung der Bundesregie-

nung, die zwar einem Zeitplan zugestimmt, diesen aber unter Finanzierungsvorbehalt gestellt hat. Unsere Aussage ist ehrlich, die der Bundesregierung nicht, da diese den Finanzierungsvorbehalt nach außen nicht kommuniziert.“ Seine Feststellung, IFF und Devisenumsatzsteuer seien „wegen hoher Finanzierungs- oder Verwaltungskosten nicht sinnvoll“, hält Peltzer nicht für erwiesen.

Hoppe argumentiert, mittelfristig könnten „globale öffentliche Güter, wie Umwelt und Gesundheit, nur über neue internationale Abgaben und Steuern gesichert werden.

Kortmann verweist auf die Ergebnisse des Monterrey-Gipfels 2002 und den ODA-Stufenplan der EU, der den „Durchbruch zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels“ gebracht habe. Die Bundesregierung habe die Devisentransaktionssteuer und den Vorschlag von Entgelten für die Nutzung globaler Güter auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2005 thematisiert.

### Friedenseinsätze

*Wie beurteilen Sie die bisherigen Erfahrungen mit den Einsätzen der Bundeswehr und des zivilen Friedensdienstes in Konflikten und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?*

Ab dieser Frage beteiligen sich nur noch Kortmann, Peltzer und Ruck an der Diskussion. Sie haben alle keine grundlegenden Einwände gegen den Einsatz der Bundeswehr in Krisenfällen. Peltzer betont: „Ohne Frieden keine Entwicklung.“ Jahrzehntelange Entwicklungsanstrengungen könnten über Nacht durch Bürgerkriege zerstört werden. Er verweist auf den erfolgreichen Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien und auf das Beispiel einer Zuckerfabrik bei Kundus, Afghanistan. Ohne den Schutz durch die Bundeswehr hätte sie nicht rehabilitiert werden können und viele Bauern hätten keine Alternative zum Drogenanbau. Der Entwicklungsexperte greift in diesem Zusammenhang den „Wohlstands-



**Reinhard Hermle:**  
„Weil über 70 Prozent der extrem Armen in den ländlichen Gebieten des Südens leben, ist ein neues Agrarabkommen das zentrale Element der Doha-Runde.“



**Marie-Roger Biloa:**  
„Sehr entwicklungs-hemmend ist die Unfähigkeit der WTO, die so genannte 'informal economy' einzubeziehen.“

chauvinismus“ von Lafontaine an, der sich im Ausland „auf keinen Fall die Finger schmutzig machen will“.

Für Ruck hat die Bundeswehr bisher die militärischen Aufgaben „allesamt hervorragend gelöst“, aber die Nachhaltigkeit ließe zu wünschen übrig. Denn all diese Einsätze seien „vom Anfang und nicht vom Ende gedacht“ worden. Das gelte auch für die Krisenreaktion bei Naturkatastrophen. Entwicklungsaspekte, Friedenseinsätze und die außenpolitischen Facetten würden nicht „aus einem Guss betrachtet“. „Wir brauchen daher“, so Ruck, „eine stärkere Verzahnung von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“. Notwendig sei „ein lückenloser organisatorischer Übergang von friedenssichernden über friedenserhaltende Maßnahmen bis hin zum Staatsaufbau durch flankierende EZ-Maßnahmen“. Deshalb müsse der Bundessicherheitsrat als „permanente ressortübergreifende Koordinierungsinstanz gestärkt werden“. Ruck ist auch für eine Stärkung der koordinierenden Rolle der UN. Als gutes Beispiel nennt er das Engagement in Ituri, Demokratische Republik Kongo.

Kortmann weist auf den „erweiterten Sicherheitsbegriff“ hin, der dem politischen Handeln der Bundesregierung und auch der EU heute zu Grunde liege. Dabei gehe es nicht mehr um die Sicherheit von Staaten, sondern um menschliche Sicherheit, das heißt, zentral sei „das Bedürfnis von Menschen nach einem menschenwürdigen und stabilen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Umfeld“. Im Vordergrund stehe eine „erweiterte Sicherheitspolitik“, die darauf abziele, „Konflikte zu verhüten und Frieden zu erhalten“. Auch sie will eine „noch engere Abstimmung zwischen außen-, entwicklungs-, menschenrechts- und sicherheitspolitischen Aktivitäten“, allerdings ohne dafür, wie Ruck, den Bundessicherheitsrat besonders hervorzuheben.

Kortmann unterstreicht die Bedeutung des „Zivilen Friedensdienstes“ bei der Krisenprävention, bei Konfliktlösungen und der Friedenskon-

solidierung. In diesem Zusammenhang lobt sie die „privilegierte Partnerschaft“ mit Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Stiftungen. Peltzer empfiehlt, hier „viel, viel stärker auf lokale Strukturen und Fachkräfte“ zu setzen. Es werde „eher die Ausnahme sein, dass deutsche Akademiker vor Ort erfolgreich Konflikte lösen oder moderieren“. Gleichzeitig lobt Peltzer das neu gegründete „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“, mit dem „Deutschland endlich international mitreden kann und gefragt ist“. Zurückhaltend erklärt Ruck, auch bei der Krisenprävention im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes zeigten sich „unterschiedliche Erfahrungen“, von einem „Anpassungsbedarf“ könne aber noch nicht gesprochen werden.

### Institutionenreform und Budgethilfe

*Die rot-grüne Bundesregierung hat eine Institutionenreform begonnen, die u.a. zur Gründung von InWEnt führte. Sehen Sie eine Notwendigkeit, die Institutionenreform weiterzuführen und wie soll die staatliche Entwicklungspolitik strukturiert sein? Befürworter der Budgethilfe vertreten die Meinung, dass sich gerade Budgethilfe besser eignet als Projektfinanzierung, „governance“ in den Entwicklungsländern zu verbessern und insbesondere Korruption systematisch zu bekämpfen. Was ist Ihre Meinung?*

Kortmann, Peltzer und Ruck bekräftigen die Notwendigkeit der Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik als eigenes Ressort in der Bundesregierung (vgl. Thema „Kohärenz“).

Die SPD-Sprecherin verweist auf die Reformanstrengungen in den sieben Jahren der rotgrünen Regierung: die Fusion der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) zu InWEnt, die Integration der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) in die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit auf 70 Schwerpunkt- und Partnerländer. Sie plädiert trotz hoher „treuhänderischer Risiken“ vorsichtig für Budgethilfe in Form von Programmfinanzierung, gemeinsam mit anderen Gebern (Gemeinschaftsfinanzierung). Dazu sei auch eine „Geberharmonisierung“ erforderlich, zu der sich Geber- und Part-

nerländer in ihrer „Erklärung von Paris“ im März 2005 verpflichtet haben. Durch programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierungen könnten die Transaktionskosten der EZ verringert und deren Hebelwirkung erhöht werden.

Für Ruck ist die Struktur der staatlichen Zusammenarbeit „ausgefranst“. Er sieht aber in erster Linie Bedarf für „Straffung“ innerhalb der bestehenden Strukturen. Im Ausland ist er für die Schaffung „Deutscher Häuser“. Der CDU/CSU-Sprecher lehnt Budgethilfe als Instrument zur Beschleunigung des Mittelabflusses ab. Dieses Problem habe die deutsche EZ aber nicht, es gebe sogar das „Kernproblem“ eines stetig wachsenden Barmitteldefizits, derzeit in dreistelliger Millionenhöhe. Durch den Ausbau der Budgethilfe werde diese Situation noch verschärft. Ruck befürwortet Budgethilfe „dort, wo Eigenverantwortung gestärkt und Korruption vermindert werden kann“.

Für Peltzer hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein „echtes Effizienzproblem“, von der Problemidentifikation bis zur Bereitstellung von Geldern vergehe zu viel Zeit, etwa ein Drittel der deutschen bilateralen EZ werde für die Verwaltung und die Bezahlung deutscher Experten ausgegeben. Der Entwicklungsbanker fordert eine „grundlegende Reform des Instruments der Regierungsverhandlungen, um mehr Flexibilität zu schaffen, eine Vereinheitlichung und Zusammenführung von Durchführungsorganisationen und verstärkte Arbeitsteilung mit anderen Gebern sowie die Verringerung des Einsatzes deutscher Langzeitexperten. Peltzer erklärt sich zum entschiedenen Befürworter der Budgethilfe. Sie mache „EZ wesentlich transparenter und politischer“. Transparent an die demokratische Öffentlichkeit in Entwicklungsländern kommuniziert, fördere Budgethilfe ein „Klima der Bekämpfung von Korruption“. Demgegenüber sei Hilfe für Hunderte von Einzelprojekten für demokratisch gewählte Parlamente oder die Öffentlichkeit eines Entwicklungslands überhaupt nicht nachvollziehbar und kontrollierbar.

### Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaft

*Welche Bedeutung messen Sie den Nichtregierungsorganisationen (NRO) und der privaten Wirtschaft im Entwicklungsprozess bei und wie soll die staatliche Entwicklungszusammenarbeit deren Arbeit fördern?*

„Wir brauchen eine entwicklungspolitische Allianz in Deutschland“, fordert Ruck, und Kortmann sieht den Aufbau von einem „Bündnis zwischen Bundesregierung, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Ländern und Kommunen, Gewerkschaften und Teilen der deutschen Wirtschaft“. Als Beispiele für die verstärkte Zusammenarbeit nennt die SPD-Sprecherin den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ und die „Netzwerkarbeit“ in Afghanistan sowie die Bekämpfung von Pandemien, insbesondere von HIV/Aids. Ruck und Kortmann plädieren auch für den Ausbau der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (PPP) in der Entwicklungszusammenarbeit, die, so Kortmann, schon zu 800 Partnerschaften in über 60 Ländern hauptsächlich mit mittelständischen Unternehmen in einer Größenordnung von 3,2 Mrd. Euro geführt haben.

Peltzer propagiert zwar nicht PPP, aber die Förderung privatwirtschaftlich geführter Unternehmen in Entwicklungsländern durch Entwicklungsbanken, die ihre Finanzierungen drastisch erhöht hätten im Gegensatz zum Trend bei der konzessionären EZ. Das habe es zum Beispiel ermöglicht, dass Afrika in den vergangenen fünf Jahren einen sehr großen Schritt nach vorn gemacht habe. Peltzer erklärt aber auch, dass ein verstärkter privater Betrieb von Infrastruktur einer verbesserten staatlichen Kontrolle bedarf.

### Diaspora und Entwicklung

*Die Rolle der Diasporen wird von der deutschen Entwicklungspolitik bisher kaum beachtet. Was müsste geschehen, damit die Diasporen entwicklungspolitisch wirksamer werden?*

Alle Diskutanten bewerten die entwicklungspolitische Rolle von Diasporen positiv. Kortmann: „Bis dato wurde die Abwanderung von Arbeitskräften als schmerzlicher ‘brain drain’ gesehen. Jedoch leisten hochqualifizierte Arbeitskräfte, aber auch einfache Arbeiter, durch Rücküberweisungen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des eigenen Landes (brain gain). Dieser Beitrag (...) übersteigt damit das Volumen der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe.“ Handlungsbedarf, so Kortmann, besteht vor allem in der Reduzierung der Kosten für die Rücküberweisungen.

Ruck unterstreicht die Rolle der Diasporen zu Gunsten von Reformen in ihren Heimatländern, die oft auch die Voraussetzung für ein weitergehendes entwicklungsorientiertes Engagement sind. Als Fördermaßnahmen empfiehlt der CDU/CSU-Sprecher Wirtschaftsforen für Diasporen und die „Nachkontaktforen“ von InWEnt, Hilfestellungen bei Investitionen in den Heimatländern und Entwicklungsfonds, die in der Diaspora Lebende motivieren, zusätzliches Investitionskapital bereitzustellen.

Peltzer wendet sich dagegen, Diasporamitglieder so schnell wie möglich wie-



**Karin Kortmann (SPD):** „Hochqualifizierte Arbeitskräfte, aber auch einfache Arbeiter, leisten durch Rücküberweisungen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des eigenen Landes“

der in ihre Heimat zurückzubefördern und verweist auf das Beispiel der indischen Computerexperten bei der Entwicklung des Silicon Valley in den USA und der indischen Softwareindustrie. Deshalb fordert er, die Rückkehrerförderung grundlegend zu überdenken und: „Deutschland braucht ein liberaleres Ausländerrecht.“

### Bildungsarbeit

*Die rot-grüne Bundesregierung hat der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit als „dritter Säule“ der Entwicklungspolitik relativ große Bedeutung zugemessen. Sollte das fortgesetzt und weiter entwickelt werden?*

Für den CDU/CSU-Sprecher Ruck sind der Stellenwert der Entwicklungspolitik in der öffentlichen Debatte und entwicklungspolitische Bildungsarbeit kommunizierende Röhren. Er hält es daher für sehr wichtig, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit auszubauen. Für Kortmann muss „die Bildungsarbeit den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass unser Leben entscheidend mit dem Leben der Menschen in den Entwicklungsländern verknüpft ist“. Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sei deshalb für sie auch in Zukunft von starker Bedeutung.